

In dieser Ausgabe:

Seite 2:
Neues aus
Unserer
Fraktion im
Stadtrat

Seite 3:
*Im Märzen der
Bauer...*
Der Vorsitzende
hat das Wort

Seite 4:
Ulrike Brösner
Stellt sich vor

Seite 5:
*Neues aus
Dem Bundestag*
Jan Korte

Seite 7:
10 Jahre Bündnis
gegen
Rechts-
extremismus

Neue Perspektiven – Neue Aufgaben – Nichts geht ohne unsere Basis

Unsere Partei hat in den letzten Wochen mehr erreicht, als der eine erwartet oder der andere befürchtet hat. Dieses rasante Entwicklungstempo in den Westländern, sowohl in

Vertrauen unserer Mitbürger, dass wir in der Lage sind, unserer politischen Verantwortung heute und in der Zukunft immer besser gerecht zu werden. Dazu brauchen wir natürlich GenossInnen, die das „stemmen“ können. Je mehr es werden, umso leichter wird es für jeden einzelnen.



Station OdF-Denkmal auf dem Weg der Erinnerung und Mahnung am 8.3.2008

der parlamentarischen Präsenz als auch mit der stark wachsenden Mitgliederzahl ist atemberaubend. Wir in unserer Stadt / Region registrieren diese Erfolge mit Freude und Stolz, erleben jedoch diese „Linkswelle“ persönlich mehr als Zuschauer. Es ist davon auszugehen, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen zum Bundesparteitag (24./25.Mai) mehr Mitglieder haben wird als wir in Sachsen-Anhalt. Die Mitgliederzahl bei uns sinkt derzeit, der Altersdurchschnitt steigt weiter an, sowohl im Landes- als auch in unserem Stadtverband. Diese Situation ist kein Schicksal, sondern Resultat unserer Anstrengungen von gestern. Die heutigen Aufgaben als Stadtverband ergeben sich zwangsläufig aus den erweiterten Anforderungen, geprägt durch wachsendes

Ob Infostand, Erstellung unserer „Typisch“, Mitarbeit in Vereinen, Teilnahme an politischen Veranstaltungen, Arbeit in den Ortschaftsräten und im Stadtrat, überall sind unsere GenossInnen aktiv, dafür herzlichen Dank. Es müssen allerdings wesentlich mehr „Aktive“ werden, um die Zukunft erfolgreich zu meistern. Das zu erreichen, ist unsere zentrale Aufgabe. Die ist nicht neu, allerdings in neuer Qualität gestellt, an die Basisorganisationen und an unseren Stadtvorstand.

Die Redaktion



Neues aus der Stadtratsfraktion der Partei **DIE LINKE** Dessau-Roßlau

Die Bauhausstadt Dessau Ein Beitrag zur Leitbilddiskussion der Stadt Dessau-Roßlau

Zitat: „Die Bedeutung, die Dessau durch die Übernahme des Bauhauses erhalten wird, ist gar nicht hoch genug zu veranschlagen.“

Dr. Ludwig Grote, Landeskonservator von 1923 - 1933 und Direktor der Gemäldegalerie Dessau „Palais Reina“ sowie Berater des OB Fritz Hesse.

Der Wettbewerb der Städte und Regionen Europas und der Welt, verlangt überzeugende und schlüssige Konzepte; ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell. Ziel dieser Konzepte muss es sein, Menschen Arbeit und Perspektiven zu geben.

Reichhaltig und vielfältig ist die Geschichte unserer Heimatstadt Dessau-Roßlau. Aufklärung, Philanthropen, Gartenreich, der Schiffbau und die Moderne sind wertvolles Erbe unserer Stadt.

Analysiert man sorgfältig dieses Erbe, wird man feststellen dass die klassische Moderne und die einhergehende Technikgeschichte bis heute Menschen weltweit inspiriert und ernährt.

Wir besitzen die Erfahrungen und sollten sie umgehend und konsequent nutzen. Deshalb brauchen wir ein Stadtmarketingkonzept.

Architektur als Gesamtkunstwerk mit anderen Künsten zu verbinden, heißt heute die Erfahrungen des Bauhauses zeitnah und aktuell zu ergänzen. So zum Beispiel im Bereich des Mediendesigns und der Freiraumgestaltung.

Der Anspruch und der Mut, gesellschaftliche Unterschiede zu beseitigen und Verständigung zwischen den Völkern zu suchen und zu gestalten ist aktuell.

Die Impulse der leitenden Bauhausdirektoren und ihrer Mitarbeiter sind bis in die heutige Zeit Motor für künstlerische, ökonomische, ökologische und soziale Prozesse.

So zum Beispiel Walter Gropius mit einer Symbiose von wohnen und arbeiten.

Hannes Meyer mit der bedarfsorientierten Lösung von Wissenschaft, Kunst und Industrie: Massenbedarf statt Luxus.

Mies van der Rohe mit der konstruktiven Logik, räumlichen Freiheit, Glas, Stahl und Beton.

Rolf Kuhn mit dem industriellen Gartenreich, modellhaftem ökologischem Umbau einer Altindustrieregion.

Omar Akbar mit seiner Philosophie: „weniger ist mehr“ im Stadtbau in Zeiten des globalen Strukturwandels.

Das Übel bringt Chancen, ein Motto von Mies van der Rohe. Oder: Weniger Ressourcen für Lebensqualität, bekommen einen neuen Dreh.

Genügend Ansätze für ein Konzept der Zukunft und für das Alleinstellungsmerkmal Bauhausstadt Dessau. Bündeln wir vor Ort die Kräfte in Dessau-Roßlau.

Wie bei allen Konzepten gibt es Befürworter und Kritiker. Praktische Schritte werden helfen die Chancen zu verstehen und zu nutzen.

Haben wir gemeinsam den Mut Dessauer und Roßlauer über bewährtes neu nachzudenken und zu handeln.

Kontakt:

Ralf Schönemann

Lobendreite 20

06846 Dessau-Roßlau

Telefon 0340-2 16 22 07

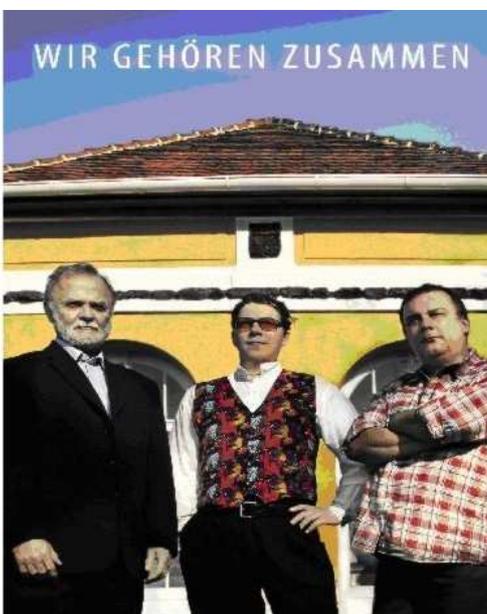
Wir gehören zusammen

Der Initiativkreis für ein modernes Anhalt beginnt mit dem Frühlingserwachen in Wörlitz eine Postkartenaktion zur Unterstützung des Bürgerwillens der Bürger von Wörlitz und Vockerode. Diese Aktion ist eine weitere

Maßnahme, um die Landesregierung auf die berechnete Forderung der Bürger, nach Respektierung des Ergebnisses ihres Bürgerbegehrens zur Eingemeindung nach Dessau-Roßlau, Nachdruck zu verleihen.

Weitere Karten mit Bürgern aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens der Stadt Dessau-Roßlau, Vockerode und Wörlitz werden folgen.

Die Fotos werden freundlicher Weise von den Fotodesignern, Herrn Stefan Sapouschek und Frau Henriette Rammelt erarbeitet.



Der Vorsitzende hat das Wort:

Im Märzen der Bauer sein Rösslein anspannt.....weil er sein Feld bestellen muss. Verspätet er sich, wird die Ernte schlecht sein. So ist das eben, aus Erfahrung geregelt, in unserer Region. Es zeigt, bei dem, was man plant und tut, muss man Erfahrungen nutzen, um erfolgreich zu sein, eine reiche Ernte „einzufahren“.

Allerdings, und das ist ebenso wichtig, sollte man stets sorgfältig prüfen, ob die Erfahrungen, auf die man baut, unter den aktuellen Bedingungen gelten und anwendbar sind. Die Bedingungen ändern sich beständig, prägen das "Sein", unser Leben. Unsere Erfahrungen sind Teil unseres Bewusstseins. Erfahrungen brauchen Zeit, Erleben, Aufarbeiten und eine große Menge persönlicher Einsichten, die letztlich gebündelt unser kollektives Tun bestimmen.

Ich hatte Gelegenheit, aus Anlass der Kundgebung am 8.3.2008 am OdF-Denkmal zum Thema „persönliche Einsichten“ und daraus resultierende persönliche Haltung zum Antifaschismus zu sprechen und Dessauer Antifaschisten namentlich zu nennen. Die Rede wurde positiv aufgenommen, das freut mich, es waren eben nicht nur Kommunisten, die ihr Leben verlieren, weil sie mutig gegen die Faschisten auftraten.

Es freut mich auch, dass der Aufruf zur Kundgebung eine uns vereinende Aufgabe gestellt hat, nämlich: (Auszug):

„Wir knüpfen an die humanistischen, demokratischen und antifaschistischen Traditionen unserer Stadt an. Der Widerstand von Dessauer und Roßlauer Bürgern gegen die Naziherrschaft, soll nicht vergessen sein.

Das zur Zeit stattfindende Kurt-Weill-Fest steht für die Internationalität und Weltoffenheit unserer Stadt, die Traditionen des Bauhauses ebenso. Wir wollen, dass unsere Stadt humanistisch, demokratisch und weltoffen ist und bleibt.



Geben wir den Neonazis in unserer Stadt keinen Raum! Wir sagen JA zu einem gewaltfreien, demokratischen und weltoffenen Dessau-Rosslau!“

Ich möchte den letzten Satz fortsetzen mit.....**und werden dafür vereint zusam-**

menstehen und handeln!

Das ist ein neuer, weitergehender, verpflichtender und kreativer Ansatz, den das Bündnis aufgegriffen hat und den wir konsequent unterstützen sollten und werden.

Am 13.März fand im Galeriecafe eine Diskussion statt zum Thema „Faschismus oder Nationalismus – sprachlicher oder politischer Unterschied?“ Organisiert durch die „Rosa Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt“. Das war eine würdige Ergänzung der Kundgebung am 8.3. und unterstrich, wie wichtig es ist, sich konstruktiv zu streiten um sich persönlich besser zu positionieren. Danke, Werner Grossert und allen, die dabei waren. Warum ist das Wissen um diesen Unterschied der Begriffe so wichtig,

wird sich vielleicht mancher fragen? Es ist sehr wichtig, doch dazu in der nächsten Ausgabe.

Themen bezogene Mitgliederversammlungen und viel Raum für persönlichen Meinungsaustausch, so werden wir uns für die zukünftigen Aufgaben fit zu machen. Meine Aufgabe als Vorsitzender unseres Stadtverbandes ist es, gemeinsam mit unseren Vorstandsmitgliedern, unserer Stadträten, unseren Ortschaftsräten und nicht zuletzt den BO-Vorsitzenden dafür Sorge zu tragen, dass unser Stadtverband funktioniert und sich somit positiv und anforderungsgerecht entwickelt. Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür – darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten. Reden wir darüber und: packen wir es an! **hantho**

Ulrike Bösner: Wie ich als "Wessi" zur "Linken" kam.....

Als ich vor etwa 15 Jahren das Dessauer (Pflaster betrat, hatte ich nur ein vages Gefühl "Abenteuer Ost", das ich nicht näher definieren konnte, denn ich kam aus einer westdeutschen Großstadt und hatte keinerlei „Osterfahrung“, bis auf eine Woche Prag in den achtziger Jahren. Tatsächlich schienen auch viele meiner Westkollegen ähnlich zu empfinden. Das große Abenteuer Ost, die Stimmung war wie im Kolonialismus, wovon auch ich nicht frei war. Dennoch hob ich mich wohl ein wenig ab. Ich hatte nicht das Bild, dass im Osten alle hungerten, froren und bei jeder systemkritischen Äußerung „an die Wand gestellt wurden“.

Schon im Herbst 1989 hatte ich die Scharen von „Flüchtlingen“ über Ungarn nicht verstanden, die dramatisch ihren Werdegang schilderten und sich als Helden und Freiheitskämpfer fühlten. Kamen die aus einem Entwicklungsland oder was sollte diese maßlose Übertreibung? Für mich war, dank einer aufgeklärten Schule mit Lehrern aus der APO-Generation, die DDR eine andere Gesellschaft, ein anderes System, sicherlich streitbar und nicht immer wirklich marxistisch. Aber ich war weit davon entfernt, an Hungersnöte und immerwährende Ängste zu glauben (vielmehr kann ich mich an eine Weltkarte in einem Schulbuch erinnern, auf der Überernährung, Normalernährung und Unterernährung mit unterschiedlichen Farben markiert waren, die DDR und die Ostblockstaaten waren im Sinne der Normalernährung gekennzeichnet.)

Meine ersten Eindrücke auf den Fahrten gen Osten hatten etwas romantisches, was mir gefiel,

waren die verschlafenen Dörfer, in denen die Höfe und Häuser noch nicht so aussahen wie aus einem Baumarkt-Katalog.

Nachdem ich also wie „Miss Marple“ mit meinem Koffer das erste Mal vor einer Behörde gestanden hatte, in der von meinem Kommen noch niemand etwas ahnte, hörte ich: „Sie sind hier in Sachsen-Anhalt, hier gehen die Uhren anders“. Saß man abends im Kreise der Westkollegen zusammen, stöhnte über Rückschrittlichkeit des Ostens und seiner Bewohner so fühlte man sich grandios in seiner Rolle als Helfer und Befreier. War auch ich anfangs von diesen Attitüden nicht frei, so begann ich doch nach und nach zu verstehen, wie die Ostkollegen sich in ihrem eigenen Land und ihrer eigenen Gesellschaft bei dieser „neuen deutschen Landnahme“ (Günter Grass) fühlen mussten, nämlich überrollt und zurückgestuft. Natürlich gab es auch unter ihnen manche, die immer

noch der Illusion einer großen Freiheit durch die Wiedervereinigung erlagen, als Beispiel blieb mir bis heute unvergesslich eine Kollegin, deren größtes Glück es war, endlich Barbiepuppen sammeln zu können.

Dank einer meiner ausgeprägtesten Eigenschaften- der Neugier- und der Beziehung zu zwei Ostmännern- der zweite wurde mein Ehemann- lernte ich mit der Zeit sehr viele Menschen kennen, die im Osten groß geworden waren. Durch intensive Gespräche und eine Odyssee durch verschiedene Arbeitsstellen – meinen ersten Job hatte ich nach zwei Jahren wieder verloren- begriff ich, dass die Gesellschaft der DDR eine sehr soziale und menschliche gewesen war, in der sich ein großer Prozentsatz von Menschen überwiegend wohl gefühlt hatte. Nicht alles in der DDR hatte ihnen gefallen. Aber mir wurde auch erklärt, warum es die Mauer gegeben hatte, man half mir, die DDR als Ganzes zu sehen und zu verstehen. Und mir wurde wieder bewusst, dass diese



Aufarbeitung gefehlt hatte. Niemand hatte sich nach 1989 die Mühe gemacht, sich wirklich mit der Gesellschaft und Politik der DDR zu befassen und die ständige Dämonisierung zu beenden.

Im Westen war ich aufgewachsen und erwachsen geworden. In einer Zeit, in der die Grünen entstanden waren und in der sich nach der Aufbaustimmung und Genussucht der sechziger und siebziger Jahre eine neue kritische Haltung zur konsumorientierten und naturzerstörenden Gesellschaft entwickelt hatte. Was die vorangegangene Generation als Zeichen mangelnden Realitätssinnes und materieller Verwöhnung deutete. Diese Bewegung war mitgetragen von Nachkommen der APO- Generation und Resten der Frankfurter Schule- Adorno, Macuse, Horkheimer, Habermas und im wei-

testen Sinne auch Erich Fromm- und sie hatte nicht nur ökologische, sondern auch linke Ansätze. Ich hatte diese BRD –kritische Haltung nie ganz abgelegt, auch wenn es mir andererseits nie geglückt war, zu einem dogmatischen und humorlosen Grünen in Reinkultur zu werden. Im übrigen hatten mich die sozialpolitischen Themen immer mehr angesprochen als der Gedanke an einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft.

Wahrscheinlich war es zunächst diese Prägung und die intuitive Solidarität und Sympathie für die Menschen in der Gesellschaft der DDR, die mich 1994 die PDS wählen ließ. Meine Erinnerung ist nicht vollständig, aber in der Regel reagierten die Kollegen mit Entsetzen auf meine Offenbarung, wie ich gewählt hatte.

In den darauffolgenden 10 Jahren konnte ich die Entwicklung des Spätkapitalismus gerade hier im Osten besonders gut verfolgen. Die wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne, die systematische Produktion einer Unterschicht durch Hartz IV etc.... In dieser Zeit haben sich die Dinge, die ich mir theoretisch angeeignet hatte, bewahrheitet und die Denker der Frankfurter Schule hatten Recht behalten. Auch das Werk von Erich Fromm „Haben oder sein“, das ich mit fünfzehn Jahren bereits gelesen hatte, hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt. So war der Eintritt in die Linke eigentlich nur noch der letzte, konsequente Schritt.

Ich bin ständig dabei, mein Bild von der DDR zu überarbeiten, aber leider taten das viele meiner ehemaligen Westkollegen nicht. Und es wird auch gesamtgesellschaftlich nicht wirklich der Versuch gemacht, differenziert und kritisch, aber offen sich mit der Politik und Gesellschaft der DDR zu beschäftigen. Genauso wenig wie der Versuch gemacht wird, sich mit der Linken auseinanderzusetzen. Statt dessen geht das Gespenst um, man wolle die DDR zurückhaben, die Stasi werde befürwortet und in regelmäßigen Abständen wird die angebliche Stasi-vergangenheit irgendwelcher Parteimitglieder ausgegraben und die Verfolgung andersdenkender thematisiert. Entschuldigt, Freunde und Genossen, wo war die Toleranz gegenüber andersdenkenden in der BRD? Hätte es sie gegeben, wäre den ehemaligen 68-igern der Marsch durch die Institutionen vermutlich geglückt. Und die vielgepriesenen Werte der BRD, wie Demokratie und Toleranz, werden sich in Zukunft schon deshalb nicht mehr leben lassen, weil die ausufernde materielle Ungleichheit irgendwann ihre Verwirklichung unmöglich macht.

Aus dem Bundestag - Antrag auf Moratorium für Sicherheitsgesetze

Jan Korte, MdB / Mitglied des Parteivorstandes / jan.korte@bundestag.de

Zwei Sicherheitsgesetze hat das Bundesverfassungsgericht binnen kurzer Zeitalts nicht vereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnet und kassiert: Das NRW Verfassungsschutzgesetz wegen der Online-Durchsuchung und zahlreiche Landes-Polizeigesetze wegen der massenhaften und anlassunabhängigen Erfassung von KFZ-Kennzeichen. Das ist auch für die Bundesregierung eine Niederlage, die darauf setzt, Bürger wie Schwerverbrecher zu behandeln und alle zu überwachen, um so den Terrorismus zu bekämpfen.

Die beiden neuesten Urteile reihen sich in eine lange Kette von Fällen ein, bei denen der Datenhunger des Staates und der Kahlschlag bei den Grundrechten vom Gericht gestoppt wurden. Beispielhaft seien der Lauschangriff und das Luftsicherheitsgesetz genannt. Man fragt sich, ob die Innenminister jeglichen Ehrgeiz verloren haben, verfassungskonforme Gesetze vorzulegen. Völlig überraschend kamen die beiden Urteile nämlich nicht. Zahlreiche Experten, Vertreter der Berufsorganisationen von Rechtsanwälten und Ärzten und alle Bürgerrechtsorganisationen vor der Online-Durchsuchung gewarnt, weil sie extrem tief in die Grundrechte eingreift und keinen nachweisbaren Nutzen bringt. Die Linksfraktion hatte in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung gefragt, welchen zusätzlichen Nutzen die Online-Durchsuchung bringen könnte. Antwort:

Keinen. Das ist zu dünn dafür, dass der Staat



mittels Hacker-Software auf die Computer seiner Bürgerinnen und Bürger zugreifen will, um nach Terroristen zu fahnden.

Der Computer sei heute eine Art ausgelagertes Gehirn der Menschen, urteilte der FDP-Politiker Burkhard Hirsch. Dort finden sich Liebesbriefe, Kontoauszüge, Chatprotokolle und vieles mehr, was die Fahnder nichts angeht.

Auch deshalb erkannte das Verfassungsgericht in dem Urteil zur Online-Durchsuchung das Recht auf digitale Intimsphäre, das im Kern nichts anderes sagt, als dass eine E-Mail ebenso geschützt ist wie der Brief auf Papier.

Bedauerlich, dass die Bundesregierung diese Nachhilfe in praktischer Staatsbürgerkunde

nötig hatte.

Die Botschaft ist klar: Nicht alles, was technisch möglich ist, darf im Kampf gegen den Terrorismus gemacht werden, weil sonst die Grundlage des demokratischen Rechtsstaates beschädigt wird. Wer sich nicht mehr sicher sein kann, dass er unbeobachtet reisen kann, weil alle Kennzeichen gespeichert und damit womöglich Bewegungsprofile erstellt werden, wer weiß, dass alle Telefonate, E-Mails und SMS registriert und für den Staat vorgehalten werden, wer fürchten muss, dass Agenten des Verfassungsschutzes den heimischen PC knacken und die Daten plündern, wer keinen Schritt unbeobachtet tun kann, weil jede Wohnung verwandt sein kann und an jeder Ecke Videokameras hängen, der wird sein Verhalten ändern und sich möglichst so benehmen, wie es Schäuble erwartet, um sich nicht verdächtig zu machen. Damit verändert die (voll)ständige Überwachung aller Bürger die Gesellschaft.

Ob diese klare Botschaft beim Innenminister ankommt, ist offen. Weil DIE LINKE im Bundestag sich darauf nicht verlassen will, hat sie einen Antrag eingebracht, der ein Moratorium für alle geplanten Sicherheitsgesetze und eine Überprüfung aller beschlossenen Gesetze fordert. Das nächste Urteil hingegen wird schon in Kürze kommen. Diesmal wird es die Vorratsdatenspeicherung sein, die auf dem Prüfstand steht.

Aus der BO Sieben Säulen

Unsere öffentliche Mitgliederversammlung fand am 13. März am traditionellen Ort statt. Wir konnten dazu einen gern gesehenen Gast als Referenten gewinnen, der zum Thema: »Die Linke und die Nation«

uns einen interessanten Vortrag bieten konnte. In der bekannten übersichtlichen Art und Weise hat der Genosse Alfred Krüger nach 6 Gesichtspunkten die Frage der Linken und ihrer Nation analysiert. Eine wohlthuende sachliche Darstellung der kürzlich im ND von meh-

renen Autoren in drei Beiträgen diskutierte Frage der heutigen Zeit.

Ja, die Linke kann nicht gegen die eigene Nation sein, denn genau so aktuell wie heute stand im Kommunistischen Manifest:

»Proletarier aller Länder vereinigt euch!«

Der Klassenkampf ist heute ebenso aktuell. Und ganz offenbar wird nur die international vereinigte Linke in der Lage sein, diesen Klassenkampf zu einer spürbaren Veränderung der sozialen Verhältnisse gegenüber dem Block der internationalen Konzerne und Banken zu führen.

Die rege Diskussion zeigte, dass Themen dieser Art und mit der notwendigen Tiefe den Vorstellungen und Wünschen der Genossinnen und Genossen entsprechen. So interessant müssen unsere Versammlungen sein, damit auch Sympathisanten mehr Interesse an der Linkspartei finden. Wir danken unserem Gastreferent für seine sorgfältige Vorbereitung und die interessant gestaltete Veranstaltung.

BO Sieben Säulen
E. Rudolf

Vor 75 Jahren: Dessauer Juden und Dessauer Christen im Frühjahr 1933

Am 1. April 1933 wurden die jüdischen Geschäfte, Arzt- und Rechtsanwaltspraxen boykottiert. Die Dessauer Nazis zeigten sich dafür sorgfältig vorbereitet und sie handelten in Übereinstimmung mit vielen Dessauer Geschäftsleuten und Juristen. Der Dessauer "Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" lud zuvor ein zu einer Versammlung im großen Saal des Kristallpalastes, die sich "eines außerordentlich guten Besuchs erfreute". Der Leiter der Dessauer Ortsgruppe Hoferichter, der Schriftleiter Standke und der Gaupropagandaleiter Feuchter aus Magdeburg erhielten "lebhaften Beifall" unter anderem für die auf Dessau formulierte Aussage, wer sich "dem Kampf gegen das Judentum entgegenstelle, beweise, daß er den Kampf gegen das deutsche Vaterland billige und daß er somit den Landes- und Volksverrat unterstütze". Christliche Geschäftsleute unterstützten die Nazis oder wurden selbst Nazis, weil sie die Ausschaltung jüdischer Konkurrenz erhofften.

Juden wurden ab 1.4.1933 dem anhaltischen Staatsdienst entfernt. Der Direktor des Dessauer Landgerichts, Martin Alterthum, seit Februar 1933 auch Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, wurde entlassen, in der Presse war das formuliert: seinem "Urlaubsgesuch wurde entsprochen".

Als erster jüdischer Rechtsanwalt in Dessau verlor der junge Heinz Cohn seine Approbation.

Er hatte vor Gericht kostenlos kommunistische Angeklagte vertreten, weil angeklagte Arbeitslose nicht das Geld hatten, sich durch einen Rechtsanwalt beraten oder verteidigen zu lassen. Wir wissen leider nichts über das weitere Schicksal von Heinz Cohn. (Er war nicht verwandt mit dem Liberalen Dr. Hermann Cohn).

Am 28. April 1933, also bald nach dem öffentlichen Boykott gegen die Juden tagte in Köthen der anhaltische Pfarrertag. Die anhaltischen evangelischen Geistlichen und der Landeskirchenrat erklärten sich zur Mitarbeit an der "Neuordnung" Deutschlands unter seiner "neuen Führung" bereit. Vorbehalte, die zuvor noch bestanden hätten, seien ausgeräumt durch den Satz vom "positiven Christentum" im Artikel 24 des Programms der NSDAP. Damit vollzog die Anhaltische Landeskirche die volle Annäherung an die Nazi-Bewegung, wie sie zuvor bereits durch die Übernahme der Funktion des stellvertretenden Ministerpräsidenten Anhalts durch den Kirchenpräsidenten Dr. Knorr öffentlich gemacht war. Im Mai 1933 bildete sich die anhaltische Landesgruppe der Glaubensbewegung der "Deutschen Christen" (DC) unter Leitung des Dessauer Pfarrers Max Hemprich. Sie vertrat die Übereinstimmung mit

der Nazi-Ideologie in Glaubensfragen. Dagegen wandte sich bald der "Pfarrernotbund" unter Martin Müller, dann die Gruppe der "Bekennenden Kirche".

Die "Gleichschaltung" der Evangelischen Landeskirche fand ihren Abschluß durch die Wahlen auf dem Landeskirchentag am 23. Juli 1933, auf dem der Landeskirchenrat neu besetzt wurde. Dr. Knorr, nach Meinung der Nazis belastet durch seine langjährige Mitgliedschaft in der konservativen DNVP, wurde als Vorsitzender ausgeschaltet und ersetzt durch den Dessauer Rechtsanwalt Rudolf Wilkendorf, der zum Oberkirchenrat gewählt wurde. Er war damals 36 Jahre, Mitglied der NSDAP ab 1.1.1931 mit der Mitgliedsnummer 388372. Seine Frau Gisela, damals 25 Jahre, war NSDAP-Mitglied seit 1.10.1931 mit der Mitgliedsnummer 669530,

Beide wohnhaft Friedrichstr. 17. War Rudolf Wilkendorf gleichzeitig SA-Sturmführer? Wilkendorf ging 1945 nach dem Westen, er blieb unverändert nazistisch.

In den Landeskirchenrat wurden weiterhin drei Nazi-Pfarrer gewählt: Lindau, Liebau und Loose. Außerdem gehörte ihm der Nazi-Oberbürgermeister Sander an. Der Landeskirchenrat und insbesondere Wilkendorf spielten in den folgenden Jahren eine unsägliche Rolle in der ungebremsten Durchsetzung des Faschismus in der anhaltischen Landeskirche, so bei der Ausschaltung der Juden, bis zur Abnahme von Kirchenglocken für den Krieg.

Viele versuchten jetzt, sich den Nazis anzubiedern. Der als "Stahlhelmpastor" bekannte Pastor Friedrich, bislang Anhänger der DNVP, wollte in die NSDAP übertreten. Aber er wurde in der Nazi-Presse verhöhnt: "Wer erst nach dem 30. Januar vom Saulus zum Paulus wurde, hat als politischer Frontkämpfer die Sporen erst noch zu verdienen". (Anh. Woche Nr. 31 v. 30.7.1933)

Die Anpassung an die neuen Herren zeigte sich in allen Bereichen. In den Jahren 1919 bis 1932 gab es in Anhalt eine breite Kirchenaustritts-Bewegung. Mit Beginn der Nazi-Herrschaft dagegen traten wieder viele in die Kirche ein. Die Anhaltische Tageszeitung berichtete am 6.9.1933 über 669 Übertritte in die evangelische Kirche Anhalts.

Schmählich verhielt sich die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Als am 10.4.1933 der 1. Mai offiziell zum "Feiertag der nationalen Arbeit" erklärt wurde, stimmte die Gewerkschaftsführung freudig zu. Es muß erin-

tert werden: Im Ergebnis der Novemberrevolution 1918 war der 1. Mai zum Feiertag erklärt worden, aber 1926 war dieser Feiertag mit den Stimmen der SPD wieder abgeschafft worden.

Der Vorstand des ADGB rief sogar auf, sich an den Nazi-Umzügen zu beteiligen. Dessauer KPD-Genossen dagegen stellten in Klein Kühnau für den 1. Mai Flugblätter her, die von Genossen mit Fahrrädern auf der Strecke der Demo verteilt wurden. Die drei Kommunisten Karl Denkwitz, Lorenz Seufert und Gen. Schaffler aus Klein Kühnau wurden deshalb verhaftet und verurteilt.

Am 1. Mai ordneten sich auch in Dessau Gewerkschaftsführer den Nazis unter und marschierten gemeinsam mit den Nazis an der Spitze des Zuges. Am 2. Mai besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser, in Dessau u. a. das "Tivolli" und die Häuser der "Arbeiterdruckerei" und des "Volksblattes Straße bis 1933.

W. Grossert

Lit.: 25 Jahre Arbeiter-Druckerei EgmbH Dessau, Festschrift 1929;

Hermann Graf: Anhaltisches Pfarrerbuch..., Dessau 1996;

Peter Rauch: Max Weyhe. Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes in Anhalt (1933-1945) ..., in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde, 2006, S. 155 ff.; Erinnerungen des Gen. Fritz Krüger, in: Materialsammlung der Geschichtskommission, Ordner 18

Volksblatt-Laden, Volksblatt-Buchhandlung und Arbeiter-Druckerei Geschäft in der Askanischen Straße bis 1933



Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer



Gustav Jeuthe



Paul Bloßfeld

Das Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus

Das Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus kann in diesen Tagen auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken.

Wir gratulieren den Mitgliedern des Bündnisses zu ihrem zehnten Jahrestag und danken Ihnen für die streitbare, initiativreiche und erfolgreiche Arbeit.

Das Bündnis hat wesentlich dazu beigetragen, daß Neonazismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt nicht noch weiteren Einfluß nehmen konnten.

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Bündnisses gegen Rechtsextremismus findet am 3. April 2008 um 11 Uhr in der Kavaliertstraße neben dem Vodafon-Geschäft, vor der Sparkassen-Filiale eine Gedächtnisveranstaltung für die Bewohner des früheren Hauses Kavaliertstraße 23 statt.

Das Haus Kavaliertstraße 23 war bis zur Vertreibung und Vernichtung der Juden eines der bekanntesten jüdischen Häuser Dessaus, es war das Zentrum der Dessauer Zionisten.

Hier wohnten und arbeiteten Adolf und Hinda Goldmann in Fabrikation und Handel von Lederwaren. Ihre älteste Tochter Charlotte war verheiratet mit dem jüdischen Kantor Ludwig Ickelheimer. Ihre Wohnung im Gemeindehaus neben der Synagoge war mehrfach Ziel faschistischer Angriffe. Ickelheimer leitete 1935 eine Gruppe jüdischer Jugendlicher nach Palästina, Charlotte war daran beteiligt.

Die Tochter Jenny war schon als Jugendliche in die zionistische Arbeit einbezogen.

Sie war dann verheiratet mit Josef Wahl, dem Leiter des jüdischen Hilfsvereins in Berlin, an dessen Arbeit Jenny teilnahm. Mindestens einen Transport jüdischer Kinder begleitete sie nach den USA. Josef Wahl, aufs Äußerste bedroht, fand 1939 in Dessau Unterschlupf und flüchtete von hier aus nach Palästina. Jenny folgte ihm mit ihrem Baby Chanania kurze Zeit später.

Der Sohn Martin Goldmann war bereits 1932 Nazi-Angriffen ausgesetzt. Er mußte Dessau verlassen und ging nach beruflicher Vorbereitung als Pionier nach Palästina.

Im Hause Kavaliertstraße 23 wohnten Martin und Toni Alterthum. Martin Alterthum, Direktor des Dessauer Landgerichts, wurde als Jude zum 1. April 1933 entlassen. Von Anfang 1933 bis 1934 war er Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Dessau. Martin Alterthum übernahm 1935 eine Aufgabe in der Jüdischen Gemeinde Leipzig und flüchtete mit seiner Frau von dort nach Palästina.

Im Hause Kavaliertstraße 23 wohnte und praktizierte der Zahnarzt Dr. Georg Michelsohn, als jüdischer Dichter bekannt unter dem Pseudonym ELI ELKANA.

Im "Volksblatt für Anhalt" hatte er in scharfen Gedichten Göring, Goebbels, den Gauleiter Löper und andere Nazis angegriffen und lächerlich gemacht. Aufs Äußerste bedroht, flüchtete er bereits am 20. März 1933 in die Tschechoslowakei und von dort nach Palästina, das spätere Israel, wo er trotz sozialer Not seine dichterische Arbeit bis zu seinem Tode fortsetzte.

Zu Ehren dieser jüdischen Persönlichkeiten und zu ihrem Gedächtnis wird am 3. April eine Gedächtnis-Tafel enthüllt.

Eine ehrenwerte Dessauer und israelische Jüdin

Die Gedächtnis-Veranstaltung am 3. April findet aus Anlaß des hundertsten Geburtstages von Jenny Goldmann-Wahl statt, die am 3. April 1908 in Dessau geboren ist. Jenny Goldmann - Wahl ist für Dessau eine denkwürdige

Persönlichkeit. Sie sorgte gemeinsam mit Martin Alterthum für ein Treffen überlebender Dessauer Juden 1962 in Tel Aviv. Dort entstand der Wunsch, eine Gedenktafel für die von den Faschisten zerstörten jüdischen Gemeinden Dessau, Köthen, Bernburg und Zerbst zu schaffen. Jenny Goldmann sammelte dafür Spenden und bereitete gemeinsam mit Martin Alterthum die Feierstunde 1971 zur Einweihung der Gedächtnistafel vor. Die Tafel auf dem Zionsberg in Jerusalem, in unmittelbarer Nähe des symbolischen Grabes von König David, zeigt eine Menora und in hebräischer und deutscher Schrift die Namen der früheren jüdischen Gemeinden Dessau, Köthen, Bernburg und Zerbst.

Dessau hat von diesem Gedächtnis-Ort bislang kaum Notiz genommen. Wir besuchten diese Stätte wiederum im Februar 2008 und fotografierten sie.

Wir besuchten im Februar 2008 das Grab von Jenny Goldmann-Wahl und legten dort Steinchen aus Dessau nieder. Auf ihrem Grabstein ist vermerkt, daß sie aus Dessau kam, ebenso wie Jenny dafür sorgte, daß auf den Grabsteinen ihrer Eltern Dessau genannt ist.

Chanania Wahl, Sohn von Jenny Goldmann-Wahl und Josef Wahl, Enkel von Adolf und Hinda Goldmann, ein Flugzeug-Elektronik-Ingenieur aus Rechovot in Israel und seine Frau Renè, Englisch-Lehrerin an einer religiösen jüdischen Schule, werden am 3. April anwesend sein. Chanania wird die Gedenktafel enthüllen.

Werner Grossert



Abbildung:
Die Tafel zum Gedächtnis an die zerstörten jüdischen Gemeinden Dessau, Köthen, Bernburg und Zerbst auf dem Zionsberg in Jerusalem.

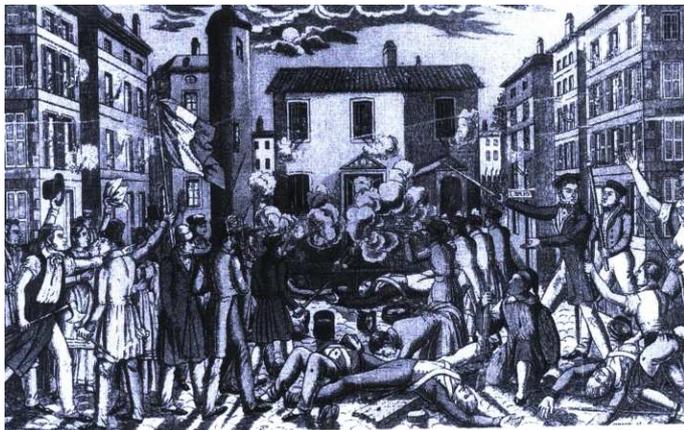
Zeitbezüge:

01.04.1933

Organisierter Judenboykott in ganz Deutschland;

03.04.1833

Der Versuch von Studenten u. Handwerksgesellen, die Frankfurter Wache, Sitz des Deutschen Bundestages, zu



3. 4. 1833 Frankfurter Wachensturm

erobern u. damit das Signal zur deutschen Revolution zu geben, scheitert;

03.04.1933 Erste Reichstagung der sog. Deutschen Christen (bis 04. 04.), mit der die Gleichschaltung der evangel. Kirche mit dem Nazi-Reich eingeleitet wurde;

03. 4. 1933 Dessau wird kreisfreie Stadt;

03./05.04.1998 In Rostock beschließt der Bundesparteitag das Wahlprogramm der PDS: **»Für den politischen . Richtungswechsel! Sozial u. solidarisch für eine gerechte Republik!«**;

04.04.1933

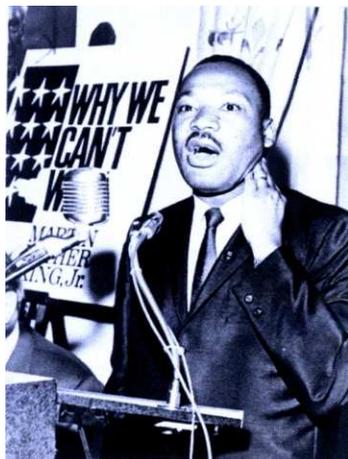
Unter dem Vorsitz Hitlers wird ein geheimer Reichsverteidigungsrat gebildet, um die Kriegsvorbereitungen zu koordinieren.

04./07.04. 1958

Gesamtdeutscher Arbeiterjugendkongress gegen Atomwaffen in Erfurt;

04.04.1968

Der Friedensnobelpreisträger **Martin Luther King** wird in Memphis erschossen, (US-Bundesstaat Tennessee);



05.04.1908

Die deutsche Fussballnationalmannschaft bestreitet in Basel ihr erstes offizielles Länderspiel gegen die Schweiz;

06.04.1933

Der Reichsverband der Deutschen Industrie verwehrt sich gegen selbständige »Eingriffe in die Wirtschaft«, was daraufhin am 07. 04. von der Naziführung allen faschistischen Organisationen untersagt wird;

07.04.1933

Verkündung des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«. Im Gegensatz zur »Juden- u. Marxisten-Republik« sollten im Staatsapparat allein wieder »sachkundige Leute« beschäftigt werden;

07.04.1958

Seit dem 04. 04. demonstrieren Atomwaffengegner in Großbritannien gegen die nukleare Aufrüstung. Sie begründen damit die Tradition der Ostermärsche;

08.04.1908

Mit 200 gegen 179 Stimmen wird im Deutschen Reichstag das Reichsvereinsgesetz angenommen. Es erlaubt u. a. Nunmehr auch den Frauen die politischen Betätigung.

10.04.1958

Der SPS-Parteivorstand beschließt eine Volksbefragung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen;

11.04.1968

Mordanschlag auf Rudi Dutschke in Westberlin;

11./16.04.1983

Internationale Wissenschaftliche Konferenz »Karl Marx u. Unsere Zeit« mit Vertretern aus 111 Ländern aus Anlass des »Karl-Marx-Jahres 1983«;

12./13.04.1928

Erster Atlantiküberflug in Ost-West-Richtung mit der Junkers W33 »Bremen«;

14./15.04. 1933

Skandinavischer Arbeiterkongress gegen den Faschismus in Kopenhagen;

14.04.1958

Der sowjet. Sputnik 2 verglüht in der Erdatmosphäre;

15.04. 1958

Pariser Tagung der NATO-Verteidigungsminister (bis 17.04.) beschließt die Direktive MC 70, die vorsah, die Aufstellung von 30 NATO-Divisionen in Mitteleuropa darunter 12 der BRD zu beschleunigen u. die Streitkräfte aller NATO-Staaten mit Kernwaffen auszurüsten;

16.04.1933

In Paris konstituiert sich das Internationale Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus;

Noch Zeitbezüge:**19.04.1933**

Der Bundesvorstand des ADGB ruft die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich an den faschistischen Maifeierlichkeiten zu beteiligen.

19.04.1943

Beginn des bewaffneten Aufstandes im Warschauer Ghetto, der im Juli 1943 mit der völligen Vernichtung des Ghettos endet;

21.04.1908

Der Schöpfer des »Moorsoldatenliedes«, Rudi Goguel, geboren;

22.04.1958

Deklaration der 1. Konferenz afrik. Staaten in Accra (Ghana) beschlossen.

25.04.1933

Krupp legt im Namen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Hitlerregierung einen Plan zur »Neugestaltung der Industrie« vor;

25.04.1983

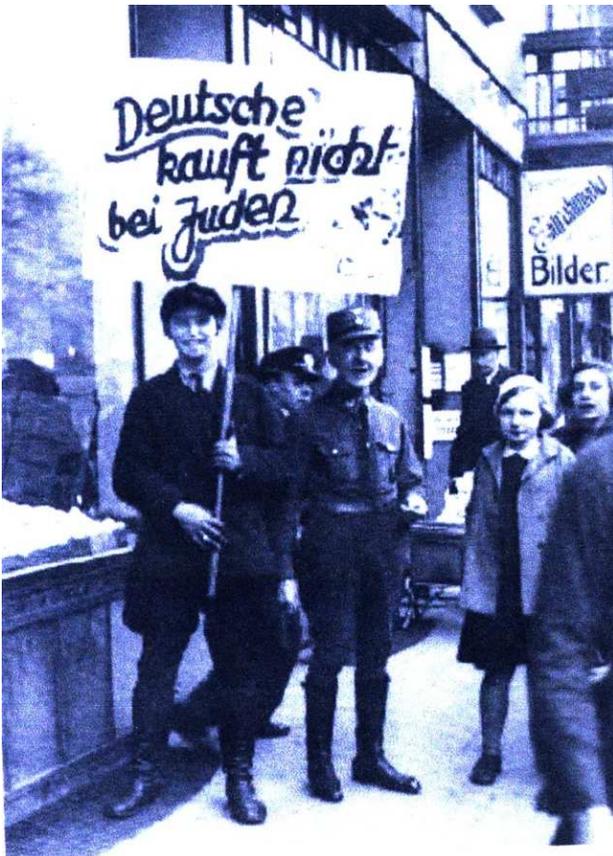
Das Hamburger Magazin »Stern« präsentiert auf einer Pressekonferenz die angeblichen Hitler-Tagebücher;

26.04.1933

- **Erich Baron**, Generalsekretär der Gesellschaft der Freunde des neuen Russland, gestorben;
- Bildung der Gestapo in Preußen;
- In Berlin tagt statt des turnusmäßigen Parteitages eine Reichskonferenz der SPD. Sie beschloss, an der bisherigen Politik festzuhalten u. nur die gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen.

17.04.1933

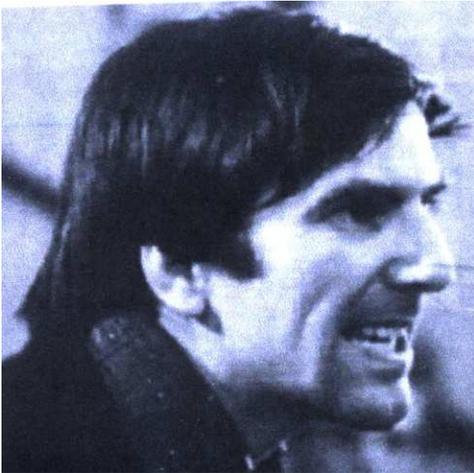
Der führende KPD-Funktionär u. Gewerkschafter **Albert Funk** wird ermordet;

**Anmerkungen zu den Zeitbezügen:****April 1933 Organisierter Judenboykott der Nazis**

Am 01. 04. 1933 begann in ganz Deutschland der Judenboykott der Nazis. Schon am Vorabend fanden in vielen Städten antisemitische Demonstrationen u. Kundgebungen statt. Am Morgen des 01. 04. dann begann eingeleitet durch lärmende Aufrufe von Lautsprecherwagen pünktlich um 10 Uhr die Aktion. SA postierte sich vor den Geschäften, um Kunden vom Einkauf »beim Juden« abzuhalten. AN Praxen jüdischer Ärzte u. Rechtsanwälte hingen Schmähplakate, auf der Straße wurden jüdische Passanten angepöbelt, in Köln wurden jüdische Richter u. Rechtsanwälte »in Schutzhaft genommen«, in Berlin-Schöneberg u. anderswo von öffentlichen Gebäuden in schwarz-rot-goldenen Fahnen, die Fahnen der sog. »Judenrepublik« heruntergeholt u. verbrannt. Gewiss, der Terror war noch nicht so brutal u. ungehemmt wie schon wenig später, aber er zeigte, wessen die Nazis fähig sein würden. An diesem 01. 04. 1933 ging es vor allem darum, die jüdische Bevölkerung einzuschüchtern, sie in Angst u. Schrecken zu versetzen, sie wenn möglich ins Ausland zu treiben, um sie sodann zu »beerben«. Auch war wohl beabsichtigt, die eigenen Anhänger, vor allem die Uniformierten, in Bewegung zu halten u. ihnen das Gefühl zu vermitteln, Herren über Hab und Gut, Leib und Leben anderer zu sein. Dieser erste Nazipogrom bereitete unmittelbar das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 07. 04. 1933 vor, das die Ausschaltung jüdischer u. politisch missliebiger Beamter legalisierte.

Anmerkungen zu den Zeitbezügen (Fortsetzung von Seite 9)4. April 1968 Kampf ohne Gewalt

Am 04. 04. 1968 wurde Martin Luther King, der Führer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung auf dem Balkon eines Hotelzimmers in Memphis erschossen. Der tiefgläubige Christ hatte unter dem Einfluss Mahatma Gandhi seine Vorstellungen entwickelt, nach denen er den Rassismus in den USA bekämpfen wollte u. zu denen die Gewaltlosigkeit als legitimes Mittel der Politik gehörte. Erste Erfolge erreichte er mit dem von ihm organisierten Busboykott 1955/56. Das oberste Gericht entschied, dass Rassentrennung gegen die US-Verfassung verstößt. Höhepunkt aller Aktionen war 1963 der Marsch auf Washington, an dem 250 000 Menschen teilnahmen.

11. April Schüsse auf Rudi Dutschke

Am 11. 04. 1968 wurde der Studentenführer Rudi Dutschke bei einem Attentat in Westberlin lebensgefährlich verletzt. Von drei Kugeln im Kopf und Brust getroffen, brach der 28-jährige Soziologie.Doktorand am Gründonnerstag auf dem Kurfürstendamm zusammen. Der Tat eines 23-jährigen rechtsextremen Bauhilfsarbeiters ging eine Hetzkampagne in Teilen der Westberliner Presse (Springer) voraus. Diese machte Rudi Dutschke, der mit tausenden anderen Studenten gegen den Vietnam-Krieg u. die Autorität des Staates demonstrierte, zum »Terroristen«! Das Attentat auf Dutschke, der dem Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) angehörte, führte in den Ostertagen 1968 in 27 Städten zu Solidaritätskundgebungen von über 400 000 Menschen. In Westberlin kam es noch in der Nacht zum Karfreitag zu schweren Auseinandersetzungen, die sich vor allem gegen den Springer-Konzern richtete. Rudi Dutschke überlebte zwar das Attentat, durch die Gehirnverletzung war sein Sprachvermögen erheblich behindert. Er verließ Deutschland, hielt sich bis 1971 in England auf, dann in Dänemark u. starb Heiligabend 1979 in Aarhus im Alter von 39

5. April 1908 Fußball-Länderspiel

Die deutsche Fußballmannschaft bestritt am 05. 04. 1908 in Basel ihr erstes offizielles Länderspiel gegen die Schweiz u. verlor 3:5. Die DFB-Auswahl bestand durchweg aus Söhnen der »gehobenen Stände«. Im DFB-Bericht hieß es: »Der Torwart genügte. Von den Verteidigern war Jordan sehr schlecht u. Hempel fehlte der befreiende Stoß. Die Halbs (Läufer) genügten. In der Stürmerreihe vermisste man jegliche Kombination. Keiner vertraute dem anderen. Fünf Spieler wurden vom Spielausschuss, der damals das Sagen hatte, nie mehr eingeladen. Vor dem 1. Weltkrieg war Deutschland Fußball-Entwicklungsland, der Sport an Schulen verboten, er galt als nicht gesellschaftsfähig. Nach einem 0:9 gegen England (1909 in Oxford) fragten sich die DFB-Oberen, ob es nicht besser sei, auch Spieler aus »niederen Kreisen« ins Team zu berufen.(!) 1912 feierte Deutschland bei den Olymp. Spielen in Stockholm einen 16:0-Sieg über Russland, den wohl höchsten Sieg in der Fußball-Geschichte. Die 10 Tore von Gottfried Fuchs sind Rekord bis zu heutigen Tag.

14. April 1958 Sputnik 2 verglüht.

Der sowjetische Sputnik 2 verglüht in der Erdatmosphäre. Sputnik 2, der im Nov. 1957 gestartet war, brachte das erste Lebewesen auf eine Erdumlaufbahn die Hündin Laika. Für sie war eine Rückkehrvorrichtung zur Erde nicht möglich. Dies erregte vielfach internat. Mitleid, aber auch enormes Interesse. Vermutlich überlebte Laika den Start nur einige Stunden, bis sie durch Stress u. zu große Hitze in der engen Kapsel starb.

21. April 1908 Rudi Goguel geboren

Rudi Goguel, der Schöpfer des »Moorsoldatenliedes wurde am 21. 04. 1908 geboren. Er verstarb 1976. Er war 1945 u. a. Leiter eines Instituts an der Humboldt-Uni zu Berlin. In drei Nächten, auf dem Krankenlager im Häftlingsrevier des KZ Börgermoor liegend, komponierte er 1933 das Lied »Die Moorsoldaten«. Pianissimo summend studierte er es im Barackenwaschraum mit 16 Arbeitersängern ein. Als Schlusslied des »Zirkus Konzentra zäné« wird es uraufgeführt.

26. April 1933 Erich Baron gestorben

»hoch aufgerichtet u. mit einem überlegenen Lächeln ging Erich Baron durch die Gänge des Polizeipräsidiums.« Ludwig war einer der letzten, die ihn sahen. An den Folgen der grausamen Verhöre starb Erich Baron am 26. 04. 33.

Weil der Journalist sich seit 1924 als Generalsekretär der 1923 gegründeten »Gesellschaft der Freunde des neuen Russlands« in Deutschland für realistische Beziehungen zur jungen Sowjetrepublik einsetzte, war er von den Faschisten verhaftet worden. Und weil er in einer Zeit massiver antisowj. Hetze u. Hysterie eine Zeitung herausgab, die »Das neue Russland« hieß. Erich Baron war der Organisator der Gesellschaft, ihr Motor.

Seit Jahren wurde der 1881 in Berlin gebürtige Baron bespitzelt. Schon als Vorsitzender des Zentralen Arbeiter- u- Soldatenrates in Brandenburg war er der Reaktion erstmals aufgefallen, als er die verlogene u. Demagogische Antirevolutionspropaganda verurteilte. In der Nacht nach dem Reichstagsbrand, am 27. 02 33, wurde er inhaftiert. Er war einer der ersten, den die Nazis ermordeten.

A. K.

Katalog der Grausamkeiten - Zwei Jahre Große Koalition (wird fortgesetzt)

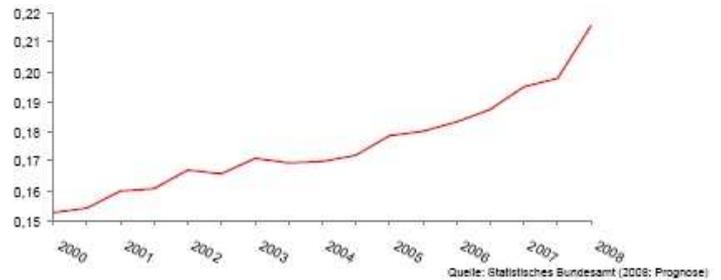
Umsteuern, umverteilen – das fordert DIE LINKE.

- Unternehmensgewinne werden umfassend ermittelt und versteuert! Steuerbefreiungen sind entsprechend abzuschaffen!
- Alle Unternehmensgewinne, die im Inland erwirtschaftet werden, werden in vollem Umfang der inländischen Steuer unterworfen!
- Gewinne auf Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften werden voll besteuert!
- Die Senkung der Unternehmensteuersätze ist zurückzunehmen!
- Gegen Steuerwettbewerb, Steuerdumping und Gestaltungsmöglichkeiten wird konsequent vorgegangen!
- Die Erbschaftsteuer ist so zu reformieren, dass erhebliche steuerliche Mehreinnahmen möglich sind und eine gleichmäßigere Vermögensverteilung erreicht wird!
- Die Vermögensteuer wird wieder erhoben. Einkünfte aus Kapitalvermögen werden effektiver erfasst, Veräußerungsgewinne sind in vollem Umfang steuerpflichtig!
- Der Spitzensteuersatz ist für alle Einkunftsarten gleichermaßen auf 50 Prozent anzuheben!
- Das steuerfreie Existenzminimum muss realitätsbezogen auf mindestens 8.500 Euro jährlich angehoben werden. Eine unabhängige Kommission prüft die Höhe regelmäßig!
- Das Ehegattensplitting wird umgewandelt. Unterhaltsleistungen zwischen Erwachsenen werden bis in Höhe des steuerfreien Existenzminimums steuerlich berücksichtigt!
- Das Kindergeld ist für alle Kinder auf 250 Euro monatlich anzuheben. Die Bezugsdauer bis zum 27. Lebensjahr wird beibehalten. Für Kinder, deren Eltern über ein geringes oder kein Einkommen verfügen, ist das Kindergeld sofort bis zur Höhe des Existenzminimums anzuheben!
- Kosten der Kinderbetreuung werden bis zu einem Höchstbetrag von 2.100 Euro jährlich zur Hälfte erstattet!
- Das zu versteuernde Einkommen wird realitätsnah ermittelt!
- Die Kürzung der Pendlerpauschale ist zurückzunehmen!

Wirtschaftspolitik

Schwarz-Rot stützt die Energiepreis-Abzocke

Seit langem steht fest, dass die vier großen Energieunternehmen in Deutschland für Energiepreiserhöhungen verantwortlich sind, und den Ausbau umweltfreundlicher Energien blockieren. Dennoch verhindert das zuständige Wirtschaftsministerium immer wieder jede schlagkräftige Initiative, die darauf zielt, die Macht der Energie-Monopolisten zu brechen: Der Antrag, die Energienetze in öffentliches Eigentum zu überführen und andere Initiativen der LINKEN, wurden von den Regierungsfractionen abgelehnt. Auf EU-Ebene widersetzte sich Wirtschaftsminister Michael Glos mit aller Macht den Plänen der Kommission, die Energieerzeugung vom Netzbetrieb zu entflechten. Stattdessen lies Glos ein Gesetz verabschieden, mit dem die staatliche Energiepreiskontrolle abgeschafft wurde – anstatt die Macht der Energieriesen einzuschränken, wurde sie bewusst ausgeweitet. Nach Jahren des Nichtstuns behauptet Glos jetzt, durch eine Veränderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) der Preistreiber entgegenzuwirken. Tatsächlich ist die GWB-Novelle nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie wird ein reines Placebo bleiben, wenn die Regierung ihre Interessenpolitik zugunsten der Energiekonzerne nicht endlich aufgibt.

Halbjährliche Strompreisentwicklung für Privathaushalte je Kilowattstunde (in Euro)**Die Große Koalition gibt den Osten und strukturschwache Regionen auf.**

Eine der ersten Amtshandlungen der Bundesregierung war es, die Gelder des wichtigen Förderinstruments „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu kürzen. Die Gemeinschaftsaufgabe soll die Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen und

die Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen unterstützen. Sechs von sieben Euro gehen in die neuen Bundesländer. Allein zwischen 2004 und 2006 wurden so 260.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen.

Geht es nach der Bundesregierung werden die Gelder der Gemeinschaftsaufgabe bis 2011 um 100 Mio. Euro auf 594 Mio. Euro pro Jahr gekürzt. Da die Bundesländer die Gemeinschaftsaufgabe zur Hälfte kofinanzieren, handelt es sich de facto um 200 Mio. Euro, die den strukturschwachen Regionen in Deutschland fehlen. In den vergangenen Jahren gelang es auf Druck von Kommunen und Ländern die Kürzung auf 50 Mio. Euro zu verringern – ein kleiner Erfolg. Allerdings führt auch diese Kürzung zu weiterer Geldnot in strukturschwachen Regionen: Allein 2006 sind dreimal mehr Gelder beantragt worden als bewilligt werden konnten.

Die Linke fordert die Gemeinschaftsaufgabe in der Höhe von 694 Mio. Euro weiter zu finanzieren. Das ist die Höhe des Jahres 2006. Und das war, was Union und SPD einst in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen hatten.

Die Regierung sorgt für Dumping im Postbereich

Die Bundesregierung hält an der vollständigen Liberalisierung des deutschen Briefmarktes ab 2008 fest. Dabei hat bereits die bisherige Teilliberalisierung zu einem Abbau von mehr als 34.000 Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen bei der Post AG geführt (1999-2005). Bei anderen Postunternehmen sind im gleichen Zeitraum weit weniger Arbeitsplätze geschaffen worden. Und diese sind oft äußerst schlecht bezahlt: Briefträgerinnen und Briefträger verdienen dort nur zwischen 5 und 6 Euro. Prekäre Beschäftigung und Armutslöhne werden nach der vollständigen Liberalisierung ab 2008 auch bei der Post AG weiter zunehmen.

Fortsetzung folgt

Herzlichen Glückwunsch



Herzliche Glückwünsche allen Genossinnen und Genossen, die im April 2008 ihren Geburtstag begehen! Vor allem gehen Glückwünsche auch nachträglich an die Genossin Charlotte Höppner, die am 29.03. ihren 95. Geburtstag begeht, die Genossen Günter Danneberg, zum 75., Hans-Jürgen Szych zum 65., sowie Otto-Harald Krüger zum 60. Geburtstag.

DIE LINKE.

Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Tel.: 0340-2508570

**Stadtverband
Dessau-Roßlau
Karlstraße 4**

Telefon: 0340-2201950

E-Mail:

Die_linke_dessau-rosslau@t-online.de

Sprechzeiten:

Montag bis Donnerstag

14.00 - 18.00 Uhr

Freitag

14.00 - 16.00 Uhr

**Fraktion der Partei
im Stadtrat Dessau-Roßlau**

Alte Mildenseer Straße 17

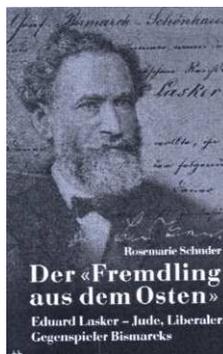
Tel./Fax: :0340 / 2203260/1

E-Mail:

pdsfraktiondessau@datel-dessau.de

Termine für April 2008:

- Di., 01. April, 10.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße.
Beratung des Seniorenbeirates
- Do., 03. April, 15.00 Uhr, Gedenkveranstaltung für die Bewohner des früheren Hauses Kavaliertstraße 23 (siehe dazu Artikel von W. Grossert)
- Mo., 07. April, 16.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:
Öffentl. Mitgliederversammlung BO Nord/
Waldersee: Die Linkspartei nach den Landtags-
wahlen Feb./März 2008 (Diskussion)
- Mo., 07. April, 16.00 Uhr, Gastst. d. Behindertenverbandes, Raguhner Str.:
Mitgliederversammlung BO Rosa Luxemburg
- Di., 08. April, 16.00 Uhr, Gaststätte Sportheim, Kienfichten:
Öfftl. Mitgliederversammlung BO Sieben Säulen,
Die Linkspartei und ihr Programm,
Gast: Frank Hoffmann
- Di., 08. April, 18.30 Uhr, Multi-kulturelles Zentrum, Parkstraße:
Beratung des Bündnisses gegen Rechts-
extremismus (BgR)
- Do., 17. April, 16.30 Uhr, Geschäftsstelle, Karlstraße:
"Typisch" Redaktionssitzung
- Do., 17. April, 18.00 Uhr, Galerie-Café, Rathausstraße:
Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
Buchlesung u. Aussprache mit der Autorin
Rosemarie Schuder: "Der Fremdling aus dem
Osten" - Eduard Lasker - Jude, Liberaler,
Gegenspieler Bismarcks



- Do., 17. April, 19.00 Uhr, Geschäftsstelle, Karlstraße:
Vorstandssitzung
- Do., 24. April, 17.00 Uhr, Geschäftsstelle, Karlstraße:
Beratung der BO-Vorsitzenden u. Ausgabe der
"Typisch", Mai 2008.

TYPISCH links

Herausgeber: Stadtvorstand DIE LINKE
Dessau-Roßlau
Redaktion : H. Thomas, E. Rudolf,
T. Kasper
Druck: -dte Gölzau
Preis: Spende

Redaktionsschluss für die
Typisch Mai 2008
ist Donnerstag der
17. April 2008